

GUATEMALA: KLIMAWANDEL IN ALLER MUNDE – ABER AUCH IN DEN KÖPFEN?

Tjark Egenhoff

Zu Beginn des Winters, der die Regenzeit in Guatemala einleitet, zitiert die bekannteste Tageszeitung des Landes eine Studie zu den Auswirkungen des Klimawandels, die die Zahl der von den Tropenstürmen betroffenen Menschen für dieses Jahr auf knapp eine halbe Million schätzt. Seit der Wirbelsturm Stan im Jahr 2005 über die Region ging, ist das Thema Umwelt- und Katastrophenschutz endgültig in Guatemala angekommen. Durch die starke Präsenz der internationalen Gebergemeinschaft bekommen Einschätzungen internationaler Organisationen einen vergleichsweise prominenten Platz in den Medien. Auch wenn die Berichte des IPCC und des britischen Regierungsberaters Sir Nicholas Stern relativ unbekannt sind, konnte sich in den letzten Jahren eine reifere Debatte über Umweltschutz und Klimawandel entwickeln.

Traditionell wurde in der Region Umweltschutz als Hemmfaktor für die notwendige wirtschaftliche Entwicklung angesehen und damit politisch kaum wahrgenommen. Das öffentliche Meinungsbild wandelt sich jedoch angesichts konkreter Bedrohungen: Obwohl die Region nur minimal zur Erderwärmung beiträgt (Lateinamerika ist für lediglich 7 Prozent des weltweiten Ausstoßes von Treibhausgasen verantwortlich), werden Guatemala und Zentralamerika in Zukunft stärker von den Folgen des Klimawandels betroffen sein als viele andere Regionen der Erde. Dies liegt vor allem an der ungeschützten geographischen Lage zwischen zwei Ozeanen.

In den politisch turbulenten Zeiten des Wahlkampfes 2007 spielt das Thema Klimawandel und Umweltschutz jedoch bisher keine Rolle. Dies könnte sich schnell ändern, falls ein schwerer Sturm das Land erreichen sollte. Der Katastrophenschutz insbesondere auf Gemeindeebene hat sich seit Wirbelsturm Stan 2005 nicht substantiell verbessert. Guatemala wird vermutlich wieder von internationaler Hilfe abhängig sein. Bis heute ist die Infrastruktur in den damals besonders betroffenen Gebieten nicht vollständig wieder aufgebaut.

Eindeutig ist, dass sich die Bevölkerung in Zentralamerika und speziell in Guatemala auf extreme Wetterphänomene einstellen muss. Dabei ist der Isthmus in zweierlei Hinsicht betroffen: Auf Dürreperioden folgen kurze, aber kräftige Regenphasen: Das Phänomen des „Niño“, der zu ausgeprägten Trockenzeiten führt, wird von der „Niña“ abgelöst, die die verspätete Regenzeit einleitet und ganze Landstriche überschwemmt. Obwohl davon ausgegangen wird, dass die Anzahl der Stürme

nicht bedeutend zunehmen wird, so wird deren Intensität und Zerstörungskraft deutlich ansteigen. Katastrophen im Ausmaß von „Stan“ werden somit keine Einzelfälle bleiben. Dabei sprechen Studien des guatemaltekischen Umweltministeriums von einer Erwärmung des Klimas bis 2020 von bis zu 1,7 Grad, was zu extremen Dürreperioden insbesondere im Hochland Guatemalas führen könnte.

Vor dem Hintergrund der von einem Großteil der Bevölkerung betriebenen Subsistenzwirtschaft bergen solche Szenarien auch politischen Sprengstoff: Fragen der Ernährungssicherheit und der Wasserversorgung, die in Guatemala seit jeher auf der Tagesordnung stehen, rücken damit weiter in den Vordergrund. Darüber hinaus rechnet das Umweltministerium mit einem Anstieg an Infektionskrankheiten wie Malaria und Dengue-Fieber, die in einigen Departments bereits jetzt Hauptursache für Sterblichkeit geworden ist. Internationale Teams der Weltgesundheitsorganisation sind derzeit im Landesinneren unterwegs, um auf bestehende Gefahren aufmerksam zu machen. Diese Auswirkungen werden zunächst die ärmsten Guatemalteken zu spüren bekommen. Der Zugang zu sauberem Wasser kann durchaus zu einer neuen Konfliktlinie in der guatemaltekischen Gesellschaft werden. Problematisch erscheint dabei Experten, dass in Guatemala keine kohärente Umweltagenda implementiert wird. Dabei existieren die gesetzlichen und institutionellen Voraussetzungen bereits: In Guatemala ist der Schutz der Umwelt verfassungsrechtlich in Art. 67 und Art. 97 festgeschrieben, wobei insbesondere auf den Schutz der Wälder und die Aufforstung (Art. 126) eingegangen wird. Im Forstgesetz wurde 1996 auch explizit die Bedeutung der Wälder in Bezug auf den Klimaschutz aufgenommen.

Institutionell ist das Ministerium für Umweltschutz und natürliche Ressourcen (MARN) für die Umsetzung der Politiken zuständig: Mit der Fertigstellung des ersten nationalen Berichts zum Klimawandel 2001 wurde ein Referat im Umweltministerium eingerichtet, das die Umsetzung der Klimarahmenkonvention begleiten soll, die Guatemala 1999 unterzeichnete. Es existiert daher bereits eine Aufstellung der Treibhausgasemissionen in Guatemala, die Zielformulierungen und Implementierung im Bereich der Klimapolitik ermöglicht. Guatemala kam auch seinen Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll nach und richtete ein nationales Büro für saubere Entwicklung ein, das seit 2005 – allerdings ohne ausreichende Finanzierung – operiert. International von Interesse ist das enorme Potential Guatemalas zur Aufforstung und damit zur Reduzierung des

CO₂-Gehaltes in der Atmosphäre. Das Land verfügt über große Waldflächen, die momentan ca. 14 Millionen Tonnen CO₂ in einem 5-Jahres-Rhythmus neutralisieren. Durch Instrumente des Clean Development Mechanism des Kyoto Protokolls kann dieser Effekt auf 89 Millionen gesteigert werden.

Allerdings wäre dafür die Implementierung einer über eine Wahlperiode hinaus andauernde umweltpolitische Agenda notwendig. Dass die Auswirkungen des Klimawandels in Zentralamerika bereits schwerwiegende sowohl humanitäre, als auch wirtschaftliche und soziale Folgen haben, bezweifelt nach der Katastrophe des

Wirbelsturms Stan niemand mehr. Positiv ist auch, dass Guatemala seinen internationalen Verpflichtungen nachzukommen sucht. Dennoch beunruhigt die Tatsache, dass sowohl in der Prävention von umweltschädlichem Verhalten, als auch im Bereich des Katastrophenschutzes nur vereinzelte Fortschritte zu verzeichnen sind. Die Folgen des Klimawandels können in diesem Wahljahr durchaus noch zu einem bedeutsamen Thema werden, wenn die Menschen – wie von Meteorologen angekündigt – von langandauernden Regenfällen und Unwettern existentiell bedroht werden. Zu hoffen bleibt, dass die Bedeutung von Umweltpolitik auch ohne weitere Katastrophen erkannt wird.

DAS KLIMA IM SPIEGEL DER MEDIEN LATEINAMERIKAS: UMWELTBERICHTE HABEN AUFWIND – ABER KEIN ANSEHEN

Karla Sponar | Eva Bohn

Umweltschutz und Umweltzerstörung haben globale und lokale Dimensionen. Das machen Berichte über die Erderwärmung insbesondere nach den diesjährigen Berichten des IPCC deutlich. Dass Lateinamerika die Auswirkungen der Klimaerwärmung stärker zu spüren bekommen wird, haben einige lateinamerikanische Medien nicht verschwiegen. Sie haben speziell nach den letzten Berichten der Vereinten Nationen über die Prognosen der Forscher für Klimawandel informiert: die Verbreitung oder den Wiederausbruch von Cholera, Malaria und anderen Seuchen, die Versteppung des Amazonasbeckens und das Abschmelzen der Gletscher im Süden. Wie sind diese Warnungen einzuschätzen, wie müssen Verbraucher, wie Politik und Wirtschaft reagieren? Hier ist ein lange vernachlässigtes Gebiet des Journalismus gefragt: der investigative Umweltjournalismus. Ein Blick auf die Medienlandschaft am Beispiel zweier Länder des Subkontinents.

Vor allem im Ursprungsland der Klimarahmenkonvention, in Brasilien, wo 1992 der Erdgipfel von Rio de Janeiro stattfand, der als erster Umwelt- und Entwicklungsfragen als eine gemeinsam zu bewältigende Aufgabe begriff, ist der professionelle Umweltjournalismus relativ weit gediehen. Bereits 1989 gab es Bemühungen, mit Hilfe von kleineren regionalen Zentren eine nationale Entität zum Themenfeld Umweltjournalismus zu schaffen. Tatsächlich überlebt hat aber nur das Zentrum in der Region Rio Grande do Sul (Nejrs – Nucleo de Ecoperiodistas de Rio Grande do Sul), das bis heute sehr aktiv ist und den Kontakt zu rund 300 Journalisten im ganzen Land pflegt.

Heutzutage kommt kaum ein Medium in Brasilien mehr am Thema Umwelt vorbei. Dies ist zum einen eine Antwort auf das öffentliche Interesse, auf das Umweltfragen stoßen. Zum anderen sorgen sich die Menschen auch, welche ökonomischen Folgen Umweltschäden haben können. Zahlreiche Zeitungen haben Sonderbeilagen zur Thematik oder berichten zumindest regelmäßig. Zero Hora aus Puerto Alegre ist ein gutes Beispiel. Diese Zeitung publiziert einmal wöchentlich eine eigene Umweltrubrik, in der die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts mit lokalem Bezug diskutiert werden. Auf diese Weise wird den Menschen vor Augen geführt, was jeder Einzelne tun kann, um die Umwelt zu schützen. Darüber hinaus gibt es in Brasilien zwei Fachzeitschriften, die ausschließlich das Thema Umwelt behandeln. Aber auch andere Medien sind in diesem Bereich aktiv. Vor allem kleine Bürger radios senden spezielle Berichte. Der Fernsehsender TV Cultura, der sich vor allem als Bildungseinrichtung versteht, sendet zwei Mal in der Woche das umweltbezogene Programm Repórter Eco, zu dem auch ein umfangreiches Internetangebot gehört. Hier ist die Problematik der Klimaerwärmung seit Herbst letzten Jahres ein Dauerthema.

Das greift auch die Politik im Lande auf. So verkündete Präsident Lula da Silva gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters unlängst: „Ich werde zum G8-Gipfel gehen und wenn sie anfangen, über globale Erderwärmung zu reden, werde ich da sein und mein Biodiesel-Paket präsentieren.“